Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim., Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 536. **Sonntag** den 20. October 1901. **95. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Im Zusammenhange mit dem Fall Spahn ist das Recht des Redactionsgeheimnisses in der Presse mehr oder weniger spitzfindig erörtert worden. Uns ist die Frage zu kräftlich. Für absolut unverbrüchlich möchten wir das journalistische Trappistengebot aber nicht angesehen wissen, weil wir uns gedrängt fühlen, auch ein Redactionsgeheimniß zu verrathen. Nämlich, daß es kein Vergnügen ist, im heutigen Deutschland über deutsch-politische Dinge zu schreiben, und noch dazu Woche für Woche retrospectiv. Wenn man nicht in Byzanz geboren und aufgewachsen und zum Unglück auch kein Socialdemokrat oder Radicaler ist, so findet man im deutschen Reiche keinen Widerhall mehr. Es gilt eben Alles für unübertrefflich, was oben geschieht, und die Rolle des Schwarzsehers unter lauter durch rosenfarbene Brillengläser in die politische Welt Schauenden ist eine äußerst undankbare. Der „Täglichen Rundschau" sind besagte Gläser auch zur Hand, sie hat es aber doch dieser Tage beklagt, daß die öffentliche Meinung über den Aufenthaltswechsel der Instrumente der Pekinger Sternwarte hinweggehe. Gemeint ist die Presse, die nicht grundstürzende Presse. Das Berliner Blatt vermeidet es, die Ursache der ihm, wie es sagt, unliebsamen Erscheinung nachzuspüren, weil das medias in res führen würde. Wir für unseren Theil haben dreißig Jahre hindurch für das ruchloseste Wort, das jemals in der Publicistik und für die Publicistik gefallen, den Reim gehalten, mit dem Heinrich Heine den, sagen wir politisch indifferent gewordenen Franz Dingelstedt wegen seiner „Verhofrätherei" abfertigte:

> . . es begreift gar nicht so ein Maulheld,
> Warum der Mensch am Ende das Maul hält.

Man braucht nicht Hofrath geworden und selbst mit der Berliner Nationaldenkmalsenthüllungsmedaille nicht bedacht zu sein, um nachgerade ein Verständniß für das Schweigen über die Dinge, die gerade am ernstesten beredet werden sollten, zu gewinnen. Für den preußischen Mittellandcanal und die Abschaffung des Doppeltarifs wird Alles dargeboten, was dem deutschgesinnten nur zum Bewußtsein des Bürgerwerthes vorgedrungenen Manne theuer ist; aber daran läßt sich nichts ändern.

Zum Glücke kann man heute für wenige Augenblicke aus der Politik flüchten, um sich des schönen Menschthums zu erfreuen, das sich bei den Leiden des in Grimma verschütteten Brunnenbauers offenbart hat. Ein unbekannter junger Mann, dem Theilnahme erwiesen zu haben nichts einbringt, nicht einmal einen Orden, und dennoch Hoch und Niedrig, Jung und Alt vor Angst bebend in den langen, bangen Tagen höchster Gefahr, und vor Freude jauchzend, als der Harigeprüfte wieder im rosigen Lichte athmen durfte.

Ganz Deutschland war dank der Presse mit dem Herzen bei dem Eingeschlossenen. Und die ganze Welt, insoweit sie nicht „angelsächsisch" ist oder fühlt, war mit ihrer schweren Sorge bei dem tapferen Boerenführer Botha. Auch er ist frei und damit ist die Geburtswoche des grausigen südafrikanischen Krieges nach nichtenglischer Auffassung noch etwas würdiger gefeiert worden, als mit den Hinrichtungen von Kriegsgefangenen, durch die Lord Kitchener vergebens Schrecken einzuflößen versucht. Bewaffnete feindliche Boeren bei dem in besseren Zeiten den Holländern abgenommenen Cap der guten Hoffnung, das könnte selbst eines Gladstones Grabesruhe stören!

Noch ein Geburtstagsfest. Rudolf Virchow ist von der ganzen wissenschaftlichen Welt geehrt worden, und obwohl, soweit die Fremden außer Betracht bleiben, der Feier ein starkes parteipolitisches Gepräge gegeben wurde, haben die politischen Gegner des Mannes, die einem anderen, nun todten Achtzigjährigen eine Fluthwelle von Gehässigkeiten zum Wiegenfeste zufließen ließen, machten sie nun reden oder schweigen, das Fest nicht gestört. Einen Mißton haben nur Intime des Gefeierten in das Fest gebracht. Es war amüsant, zu lesen und zu hören, wie Demokraten, Verächter alles Scheines, sich darüber erboßten, daß Virchow diesen und jenen Orden und Titel nicht erhalten hatte, und wie sie die goldene Medaille, die ihm verliehen wurde, auf die Goldwaage legten, um zu erspähen, ob sie für den Fortschrittsmann nicht zu leicht wäge. Sie wurde zu leicht befunden. Die Gerechtigkeit gebietet, hervorzuheben, daß nicht nur Virchow selbst an diesem liberalen Schranzengewäsch unschuldig ist, sondern daß auch der ihm am nächsten stehende Parteifreund, Eugen Richter, an den Titel- und Ordenserörterungen sich in seiner Zeitung nicht betheiligte. Im Uebrigen hat Herr Richter die Gelegenheit benutzt, um seines und seines berühmten Freundes Groll über Bismarck und Alles, was dreißig Jahre hindurch, während der Fortschritt nur schalt, in Deutschland gewebt und gewirkt hat, Luft zu machen. Der Haß ist doch das Mächtigste.

Und noch ein Geburtstag! Die „Aera Bülow" ist ein Jahr alt geworden und die meisten Blätter haben sich als Gratulanten eingefunden. Eines von ihnen machte den Vorbehalt, daß das Jahr eigentlich noch nicht um sei, denn bis zur Entlassung des ††† Miquel habe sich das „Ministerium Bülow" im embryonalen Zustande befunden. Diese Zeitung setzt demgemäß den ersten Geburtstag für den nächsten Mai an, scheint aber nicht zu bezweifeln, daß dann auch sie ihrerseits, wie andere schon jetzt, von großen Thaten zu erzählen haben werde. Wir warten mit dem Lob und Preis wenigstens so lange, bis es feststeht, daß Graf Bülow wenigstens an dem von ihm wenn auch nicht ersonnenen, so doch mit dem Reichsstempel versehenen Doppeltarife festzuhalten im Stande ist oder den in den Ruhestand tretenden Londoner Botschafter Fürst Hatzfeld ersetzen wird, wenn dies nicht gelingt. Doch das spielt schon wieder in die Politik hinein.

Der Krieg in Südafrika.

Aus Capstadt, 25. September, wird der „Münchener Allg. Ztg." geschrieben: Die Verkündigung des Belagerungszustandes und die Einsetzung des

Kriegsrechts

in der ganzen Capcolonie erregt allenthalben Verbitterung, nicht nur bei den Afrikanern, sondern fast noch mehr bei den Engländern. Eine tollere Maßregel war kaum auszudenken, um die Bevölkerung zu verletzen, die wegen des Krieges schon so viel gelitten, von der reichlich die Hälfte in diesen zwei Unglücksjahren Tausende verloren hat. So stehen wir denn unter dem Kriegsrecht! Jeder Leutnant der Milizen — und was für traurige Gesellen sind das! — hat das Recht, nach seiner Willkür gegen den Bürger zu handeln, denselben Bürger, der diese Burschen, fast durchweg Gesindel niedrigster Art, bezahlen muß. Dazu ist das Gesetz nach altenglischem Muster verkündigt worden, und es heißt z. B. darin: „it is a penal offence, to have a light burning in your house in the evening, or to keep a cock that crows", d. h. „unter schwerer Strafe ist verboten, ein brennendes Licht Abends im Hause zu haben, oder einen Hahn, der kräht". Diese Vorsichtsmaßregel, die in Feindesland begreiflich wird, ist nun Landesgesetz, und wirklich hat es ein Leutnant in Stellenbosch fertig gebracht, einen Bürger seines Hahnes wegen verurtheilen zu lassen! Natürlich ist nun über alle Gockel das Todesurtheil gesprochen. Jeder Leutnant kann nach dem Gesetze das Eigenthum eines Bürgers, „weil er mit dem Feinde sympathisirt", für verfallen erklären. Wir werden also einfach Alle mehr oder minder beraubt werden, als wenn wir nicht schon genug Verluste gehabt hätten! Galgen sind aufgerichtet in Städten, die nie einen solchen sahen, und auf das Urtheil eines Officiers hin werden Bürger daran gehängt. Alle Versammlungen sind verboten. Drei Personen, die auf der Straße zusammenstehen, sind „Versammlung". Der Prediger, der eines Officiers Mißfallen erregt, wandert ins Gefängniß. Bittet er auf der Kanzel, wie üblich, für „Arme und Kranke", so meint er damit die Frauen in den Lagern, predigt also Verrath und muß ins Gefängniß. Pastor Albert in Beres (südliche Capcolonie) hat am Sonntag gepredigt: „Brüder und Schwestern, die Zeiten sind keine Zeiten der Freude, es ist keine Zeit für Tanz und Feier". Er ist wegen „Hochverrats" eingesperrt. Was soll ich noch mehr berichten? Seiten könnte ich füllen mit Unthaten. Commandant Lotter ist erschossen worden, obwohl er Freistaatler war und sich auf sein Officierspatent des Freistaates — einer kriegführenden Macht — berief. Aber wäre er selbst ein „Rebell" gewesen, auch im Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten sind keine „Rebellen" füsilirt worden. Die Gemeinheit, Leute von Lotter's Commando zu hängen, um sie so zu brandmarken, ist ein Schandfleck in der englischen Geschichte. Und was soll man sagen von der Auspeitschung eines jugendlichen Kriegers von Lotter's Commando. Das Herz dreht sich uns um, Worte fehlen mir, um solche Unthat zu kennzeichnen. Man bedenke, diese „Rebellen" sind edelmüthige Leute, die nichts zu gewinnen, die Alles, auch das Leben, zu verlieren haben, die für die Freiheit ihrer Stammesgenossen heldenhaftig eintreten — sie werden ausgepritscht! In den Augen aller Rechtgesinnten sind diese Helden Märtyrer. Was man aber über Kitchener denkt, das braucht nicht gesagt zu werden.

Hilfe der Boeren.

Aus Brüssel, 16. October, wird uns geschrieben: Im hiesigen Boeren-Hilfscomité erzählt man, es sei dem Präsidenten Krüger vor etwa acht Tagen von gänzlich unbekannter Seite die Summe von zwei Millionen Francs in englischen Banknoten überwiesen worden, mit der Widmung: „Ein Beitrag zur Ergänzung des Waffen- und Munitionsvorrathes der tapferen Boeren". — Im Anschluß hieran wird versichert, daß Agenten der Boeren seit Langem in allen südafrikanischen Hafenplätzen mit großem Erfolge thätig seien, um aus den Händen englischer Kaufleute Kriegsbedarf für die Boeren aufzukaufen.

---

* **Capstadt**, 18. October. (Reuter's Bureau.) Das Mitglied des Gesetzgebenden Rathes van den Heever wurde am 5. September unter der Anschuldigung, Waffen verborgen zu haben, verhaftet und seiner Functionen als Friedensrichter und Feldcornet für verlustig erklärt. — Infolge der Proclamirung des Kriegsrechtes haben die fremden Consuln die Angehörigen der von ihnen vertretenen Staaten aufgefordert, sich in die Consulatsmatrikel einschreiben zu lassen.

Deutsches Reich.

‡‡ **Berlin**, 19. October. (Zur Arbeiterwohnungsfrage.) Nachdem bei den jüngst im Breslauer Oberpräsidium stattgehabten Berathungen über die Arbeiterwohnungsfrage festgestellt ist, daß allein die Arbeitgeber in der oberschlesischen Montan-Industrie während der letzten Jahrzehnte 40 bis 50 Mill. Mark für den Arbeiterwohnungsbau hergegeben und damit die Wohnungsverhältnisse in Oberschlesien erträglich gestaltet hätten, wird in der Presse für die übrigen Arbeitgeber diese That als nachahmungswerth hingestellt. Gewiß wäre es nützlich, wenn dadurch in solchen Kreisen, in denen bisher der Wohnungsfrage noch geringes Interesse entgegengebracht wird, Anregungen gegeben würden; man wird doch aber gut thun, die Sache nicht so darzustellen, als ob nicht auch in anderen Gebieten Deutschlands Arbeitgeber schon bisher ähnlich gehandelt hätten, wie die oberschlesischen Montanindustriellen. Im Gegentheil, der Arbeitgeber, die sich für die Besserung der Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiter interessiren, giebt es erfreulicherweise heute schon recht viele. Leider wird ihr Wirken, statt unterstützt zu werden, noch vielfach angegriffen. Wenn die Socialdemokratie den Arbeitgebern den Vorwurf macht, daß sie dabei nur ihre eigenen, aber nicht die Interessen der Arbeiter im Auge hätten, so braucht darauf nicht viel gegeben zu werden. Die socialdemokratischen Führer können sich ihre einträglichen Stellungen nur erhalten, wenn sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhetzen. Die Behandlung aber, welche die Thätigkeit der Arbeitgeber in der Wohnungsbaufrage noch jüngst auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik erfahren, hätte wirklich von der Presse, die jetzt die oberschlesische Montanindustrie als Muster hinstellt, eine kräftige Zurückweisung erfahren sollen. Allerdings liegt ja in der Veröffentlichung der in Oberschlesien bereits von den Arbeitgebern für den Wohnungsbau aufgewendeten Summen der beste Beweis für die Hinfälligkeit der in jener Generalversammlung geäußerten Anschauung, als seien die Arbeitgeber bei der Lösung des Wohnungsproblems eine quantité négligeable. Man sollte sich allseitig daran gewöhnen, jeden Factor, der zur Lösung der wichtigsten socialpolitischen Frage beiträgt, als Bundesgenossen zu betrachten. Nur die größte Mannigfaltigkeit bei den Bestrebungen auf Schaffung ausreichender Wohnungsgelegenheit kann über die Schwierigkeiten, die dieser Materie innewohnen, hinwegbelfen.

* **Berlin**, 19. October. (Bismarck im Dunkeln.) Die „B. N. N." schreiben: Besucher Berlins aus dem Reich sind in neuerer Zeit mehrfach unangenehm dadurch enttäuscht worden, daß das Bismarck-Denkmal nach Sonnenuntergang nicht mehr sichtbar ist. Vor dem Denkmal des Schöpfers des deutschen Reiches stehen zwei veraltete Gaslaternen bescheidensten Formats, wie aus der Oel-Zeit anmuthend, die anscheinend nur den Raum zu begrenzen haben, auf welchem man sich bei Tage zur Besichtigung des Denkmals aufstellen kann. Wir wollen auf die schlechten Witze, die dieser unvollkommene Zustand hervorgerufen, nicht weiter eingehen, weder den „Schatten der Unguade" erörtern, noch den Ausspruch, „es sei für das Denkmal das Beste, wenn es so wenig als möglich gesehen werde". Graf Bülow hat am 16. Juni das Denkmal Namens des Reiches feierlich übernommen; wir hoffen, er wird, nachdem nunmehr vier Monate verflossen sind, für eine richtige und würdige „Beleuchtung" seines großen Vorgängers, nachdem dieser endlich seinen Platz an der Sonne zwischen allerlei Ungethüm erhalten, auch bei Nachtzeit Sorge tragen. Der Herr Reichskanzler darf sich zu diesem Zweck nur an den Magistrat von Berlin wenden, der für jedes der Standbilder in der Siegesallee, selbst für Otto den Faulen, eine glänzende elektrische Beleuchtung hergerichtet hat, und wohl um so weniger Bedenken tragen wird, diese auch „Otto dem Fleißigen" zu Theil werden zu lassen, als dieser neben anderen Vorzügen der Lebzeiten auch den hatte, Ehrenbürger Berlins zu sein, was man freilich der Finsterniß in der Umgebung des Denkmals nicht anmerkt. Vielleicht wäre das ein geeignetes Thema für eine der nächsten Stadtverordneten-Sitzungen. Der „Absolutismus" wird ja wohl dabei nicht im Spiele sein.

* **Berlin**, 19. October. Die Spannung zwischen deutschen und polnischen Katholiken in der Ostmark ist in beständigem Wachsen. Eine Begleiterscheinung bilden die in gleicher Weise zunehmenden Angriffe aus polnischen Kreisen gegen die Bischöfe, in erster Linie den Fürstbischof Kopp. Selbst der Erzbischof von Stablewski bleibt nicht verschont, obwohl die Polen doch wahrlich allen Grund hätten, mit ihm zufrieden zu sein. Gegen ihn richteten sich die Warnungen der polnischen Presse, als vor einiger Zeit in einer Posener Kirche bei ihrer Einweihung von den deutschen Geistlichen verkündet wurde, daß dort abwechselnd deutsch und polnisch gepredigt werden sollte. Zwar fordern die Polen, daß für jedes verstreute Häuflein polnischer Katholiken in der ganzen Monarchie ein national-polnischer Geistlicher angestellt werde; aber daß in Deutschland auch die deutschen Katholiken mit deutschen Predigten bedacht sein wollen, kümmert sie wenig. Der Entrüstungssturm der polnischen Presse hat gewirkt; der Herr Erzbischof hat angeordnet, daß nur an jedem vierten Sonntage nach der polnischen eine deutsche Predigt gehalten werden soll, und läßt sich im „Kurier" durch längere Auseinandersetzungen über die allgemeinen Grundsätze bei der Berücksichtigung der deutschen Katholiken entschuldigen. In welchem Geiste die Polen die Angelegenheit behandeln, zeigt die dringende Mahnung des „Orędownik", die polnischen Besucher müßten an den fraglichen Sonntagen vor Beginn der deutschen Predigt die Kirche bis auf den letzten Mann verlassen. Auch den Kindern dürfe nicht gestattet werden, während der deutschen Andacht in der Kirche zu bleiben. Uebrigens ist ja auch aus Thorn berichtet, daß die Polen dort aus der Kirche hinausgestürmt wären, als Bischof Rosentreter eine deutsche Ansprache hielt. Es scheint wirklich, als ob die Polen versuchen wollten, für die ganzen gemischtsprachigen Landestheile die ausschließlich polnische Kirchensprache zu erzwingen. Die deutschen Katholiken werden jedenfalls immer deutlicher fühlen, wie vollständig ihre Rechte von den Polen mißachtet werden, und wie hohe Zeit es für die begonnene Revision ihres Verhältnisses zu den polnischen Glaubensgenossen ist.

* **Berlin**, 19. October. Material bez. der Communalisirung der Apotheken theilt Damaschke in der nationalsocialen „Zeit" mit. Besonders das Großherzogthum Hessen ist mit Reformen vorgegangen. Auf eine Anfrage schrieb dem Genannten z. B. die Bürgermeisterei Mühlheim a. M.:

„Antwortlich Ihrer werthen Anfrage theilen wir Ihnen ergebenst mit, daß bei uns im Großherzogthum Hessen alle in der letzten Zeit ertheilten Neuconcessionen von Apotheken an Städte und Gemeinden, nicht aber an Private ertheilt wurden. In solchen Fällen hat die Gemeinde das Verkaufslocal und die gesammte Einrichtung zu stellen, während die Verkaufsgegenstände auf Kosten des Apothekers von diesem selbst bestellt werden. Die Gemeinde erhält alsdann eine gewisse Pacht, die im Einvernehmen von der Regierung festgesetzt wird. Uns kostete die Gesammt-Apotheke alles in allem etwa 25 000 ℳ, während der Gemeinde 1000 ℳ jährliche Miethe (500 ℳ für den Betrieb und 500 ℳ für die Wohnung) zugehen, falls der jährliche Umsatz unter 10 000 ℳ beträgt. Beträgt hingegen der Umsatz über 10 000 ℳ jährlich, so erhält die Gemeinde an Pacht für den Betrieb 700 ℳ pro Jahr und 500 ℳ für die Wohnung, zusammen also 1200 ℳ. Bei der Concessionsertheilung waren wir gebunden, demjenigen Apotheker, der durch die Einrichtung des hiesigen Geschäftes die meiste Einbuße erlitten hätte, die Concession auf 6 Jahre zu obigen Pachtsätzen zu ertheilen. Bis jetzt hat die Gemeindecasse immer 1200 ℳ Pacht erhalten." — In Eberstadt bei Darmstadt ist die Apotheke in Gemeindebesitz. Im Geschäftsjahr vom 1. October 1899 bis 1. October 1900 erzielte sie einen Umsatz von 18 000 ℳ. Die Gemeinde hatte davon eine Pachteinnahme von 3000 ℳ. Nach Abzug der Zinsen für das Anlagecapital der Apotheke und den sonst von der Gemeinde aufzubringenden Unkosten verblieb ein Reinüberschuß von 1800 ℳ, ein bemerkenswerther Posten für den Etat einer kleinen Gemeinde. — Die Stadt Offenbach hat auf ihren Antrag in diesem Jahre von der Regierung die Genehmigung zur Errichtung einer städtischen Apotheke erhalten. — Der Magistrat von Mainz antwortete mir auf eine bezügliche Anfrage: „Die Stadt-Apotheke in der Neustadt — eröffnet seit 24. Februar 1894 — ist an einen Apotheker auf Lebenszeit verpachtet worden. Die Einrichtung der Apotheke wurde von der Stadt beschafft mit einem Kostenaufwand von 10 588,49 ℳ. Ebenso stellt die Stadt das Local für die Apotheke nebst Wohnung für den Apotheker. Hierfür zahlt die Stadt eine jährliche Miethe von 2850 ℳ. Der Apotheker zahlt an die Stadtcasse für den Betrieb der Apotheke und für die Wohnung eine jährliche Pacht von 4500 ℳ und trägt außerdem die auf dem Geschäftsbetrieb ruhenden Steuern und Umlagen."

Auch die Kölner Armenverwaltung hat eine Apotheke in eigenem Betrieb, über die der Oberbürgermeister mittheilte, „daß die Apotheke sich sehr gut bewährt hat".

* **Berlin**, 19. October. (Einwanderung französischer Ordensgeistlicher nach Deutschland.) Während in den letzten Monaten in den Zeitungen verschiedenster Parteirichtung die Frage, in welche Länder die aus Frankreich ausziehenden Regularkleriker und Nonnen sich begeben würden, des Langen und Breiten erörtert wurde, herrschte, auch in der ultramontanen Presse, tiefstes Stillschweigen darüber, ob auch in Deutschland Zuzug aus Frankreich zu erwarten sei. Nur einmal war ganz kurz von Einwanderung französischer Ordensleute in Elsaß die Rede. Sichtlich war dieses Uebergehen Deutschlands ein absichtliches Stillschweigen, während dessen klerikalerseits schon gehandelt wurde. Ganz auf einmal nämlich, ohne daß von einer beabsichtigten Einwanderung der französischen Ordensleute nach Deutschland auch nur ein Wort verlautet hätte, bringt die ultramontane Presse die Nachricht, daß die Karthause Rath bei Düsseldorf einen bedeutenden Zuwachs erhalten habe durch die Aufnahme von 17 aus Frankreich ausgewiesenen Patres. Es wird allerdings dabei bemerkt, daß sie sämmtlich Deutsche (Reichsländer) sind, aber bezeichnend ist immerhin, daß diese erste Nachricht über Ordenszuzug aus Frankreich nach vollendeter Thatsache und dann ganz nebenbei am Schlusse eines andern kirchlichen Artikels erfolgt. Auf der Hand liegt die Absicht, diese Einwanderung in der Presse möglichst discret zu behandeln. Sicher ist auch wohl, daß die Karthause Rath nicht die einzige klösterliche Niederlassung sein wird, die solchen Zuzug erhält, und so dürfen wir wohl einer erheblichen Mehrung des Ordenspersonals in Deutschland entgegensehen. Im Jahre 1899 bestanden nach ultramontaner statistischer Angabe in Deutschland zusammen 2873 Ordenshäuser mit rund 40 000 Ordenspersonen, die auf 19 236 000 Katholiken kommen, auf je 100 000 Katholiken treffen nach der gleichen Aufstellung etwa 207,9 Ordenspersonen in Deutschland, auf 100 Secularpriester (Weltgeistliche) 6 Regularpriester (Ordensgeistliche). Dabei ist die Differenz zwischen Bayern und Preußen so, daß auf 100 000 Katholiken in Bayern 295,9 Ordenspersonen, in Preußen dagegen nur 156,1 kommen, während die Ordensniederlassungen in Preußen allein (Ende des Jahres 1896) 1890 mit 17 338 Mitgliedern betrugen. Die Behörden würden gut thun, auf den weiteren Zuzug von Ordensleuten ein wachsames Auge zu haben, um so mehr, als er offenbar so still und heimlich inszenirt worden ist. Ob sie das auch werden, steht freilich dahin.

⊙ **Berlin**, 19. October. (Telegramm.) Der Kaiser unternahm gestern Nachmittag einen Spaziergang in die Umgebungen des Neuen Palais und heute Vormittag einen Ritt mit dem Prinzen Eitel Friedrich auf das Bornstedter Feld. Von 9 Uhr ab hörte der Kaiser den Vortrag des Staatssekretärs des Reichs-Marineamtes und des Stellvertreters des Chefs des Marine-Cabinets.

⊙ **Berlin**, 19. October. (Telegramm.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." berichtet: Der Reichskanzler Graf v. Bülow hatte gestern Vormittag längere Besprechungen mit dem Finanzminister Frhrn. v. Rheinbaben und dem Staatssekretär v. Thielmann. Heute Vormittag empfing der Reichskanzler den großherzoglich sächsischen Staatsminister Dr. Rothe und den fürstlich schwarzburgischen Staatsminister Petersen.

— Das Spahn-Telegramm des Kaisers wird noch fortgesetzt in der Presse commentirt. Daß die „Germania" entzückt ist, ist weiter nicht auffällig. Aber auch die „Kreuzzeitung" thut sehr befriedigt, und das könnte bei einem conservativen Blatte evangelischer Tendenz auffallen, wenn es nicht eben die „Kreuzztg." wäre. Das Blatt schreibt: „Ueberaus ehrend für den neuernannten Professor ist die Form, in der seine Berufung öffentlich kundgegeben wird. Er wird nunmehr den Beweis zu liefern haben, daß er dieser Auszeichnung würdig ist. Hoffen wir, daß ihm das gelingen wird. Dann wird sich zeigen, wie geringe Bedeutung die Mittheilungen haben, die seit dem Bekanntwerden seiner bevorstehenden Beförderung über seine frühere Stellung zu kirchenpolitischen Fragen gemacht worden sind." Die „Tägl. Rdsch." dagegen schreibt: „Im Uebrigen wird man ruhig abwarten können, ob den kaiserlichen Worten Erfüllung werden wird, wenn man auch kaum das Bedauern wird unterdrücken können, daß der Kaiser auch bei dieser Ernennungsfrage sein Ministerium beiseite und sich selbst mitten in den Tageshader hineinstellte."

— Zur Bekämpfung des Simulantenwesens hat die Allgemeine Ortskrankencasse in Charlottenburg Untersuchungen veranstaltet, deren Ergebniß Interesse erwecken dürfte. Die mehr als 20 000 Mitglieder umfassende Casse hat vor einem halben Jahre einen besonderen Vertrauensarzt angestellt, welcher lediglich Nachuntersuchungen von Patienten vornehmen und sonstige Gutachten, z. B. über kostspielige Anschaffungen, abgeben soll. In dem vom 1. April bis 1. October d. J. reichenden Halbjahre sind insgesammt 1187 Cassenkranke zur Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt geladen worden. Hiervon kamen 289 der Aufforderung überhaupt nicht nach, sondern meldeten sich sofort selbst gesund! Von den